

**Vereinigte  
Staaten  
von Europa  
Partner  
der freien Welt**

**Großkundgebung  
Gewerkschaften  
am Dortmund**

**der freien  
der EWG-Länder  
am 6. Juli 19 63**

Idee und Gestaltung: Heinz Richter  
Umschlag: Manfred Pauls  
Fotos: Darchinger (1), De Haas (1), Hoff (1), Hoffmann (1),  
Pauls (4), Schnidt (1), Time (1)

Herausgeber:  
Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand  
Abtlg. Organisation, Düsseldorf, Stromstr. 8

*Vereinigte Staaten von Europa*

*Partner, der freien Welt,*

*war das Motto, einer am 6. Juli 1963 in der Dortmunder Westfalenhalle durch das Exekutivkomitee der freien -Gewerkschaften der EWG-Länder veranstalteten Großkundgebung.*

*Der Deutsche Gewerkschaftsbund will mit dieser Broschüre die Reden der Kundgebung einer breiten Öffentlichkeit überreichen.*

*25 000 Vertreter der freien Gewerkschaften aus Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und der Bundesrepublik, Deutschland haben in einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung das Wollen der von ihnen vertretenen 12 Millionen Gewerkschaftsmitglieder zum Ausdruck gebracht.*

*Sie fordern alle Bürger Europas auf, die Ziele dieser EntschlieÙung zu unterstützen und an der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa mitzuarbeiten.*

Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bundesvorstand

Es ist eine große Ehre für mich, heute zu Ihnen zu sprechen: Sie sind in der Westfalenhalle als die frei gewählten Vertreter der europäischen Arbeitnehmerschaft zusammengekommen. 25 000 Gewerkschafter sind in dieser riesigen Halle versammelt. Draußen leben Millionen Männer und Frauen, die zusammen die friedliche und unwiderstehliche Macht der Demokratie in Europa bilden.

Wenn ich hier zu Ihnen spreche, spreche ich zugleich auch zu diesen.

Ich erinnere mich an jene Tage im Jahre 1950, als unsere sechs Länder die Einigung Europas begannen. Es gab damals viele Zweifler.

Aber schon in jener Zeit sind wir von den demokratischen Gewerkschaften der sechs Länder unterstützt und manchmal mitgerissen worden.

**JEAN MONNET**  
Präsident des Aktionskomitees für die  
Vereinigten Staaten von Europa

Ohne Ihre ständige Unterstützung wäre Europa nicht an den Punkt gelangt, an dem es heute steht.

Ich freue mich, zusammen mit Ihren Vertretern im Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa hier in Dortmund zu sein: mit *Ludwig Rosenberg, Robert Bothereau, Otto Brenner, Enzo Dalla Chiesa, Heinrich Guthermut, Antoin Krier, Louis Major, Bernhard Tacke, Dirk Roermers, Bruno Storti*.

Mit Bewegung gedenke ich derer, die in diesem Kampf unsere Kameraden waren, und ganz besonders unserer deutschen Kameraden, *Walter Freitag* und *Heinrich Imig*.

Dem Ruf der freien Gewerkschaften Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande folgend, haben wir uns hier zusammengefunden, umgemeinsam das Ziel unserer Bemühungen zu verkünden: die demokratischen Völker Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa zusammenzuschließen.

Zwischen diesem neuen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika eine Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu schaffen, das ist die große friedliche Revolution unserer Zeit. Von ihrem Gelingen hängt unser aller Leben, das Glück unserer Familien und die Zukunft unserer Kinder ab. Durch ihr Gelingen werden wir der Welt deutlich zeigen, daß der Westen nicht gespalten werden kann. Auf diese Weise werden die Voraussetzungen für eine friedliche und dauerhafte Regelung zwischen Ost und West geschaffen.

Ich bin überzeugt, daß wir durch die Herstellung der Einheit Europas, zu dem Deutschland als wesentlicher Teil gehört, und durch die Sicherung des Zusammenhalts im Westen, die Wiedervereinigung des deutschen Volkes möglich machen werden. Das ist eine Forderung der Menschlichkeit. Es ist aber auch eine Forderung des Friedens, von dem unser gemeinsames Schicksal abhängt.

Die Welt, wie wir sie kannten, ist durch Tyrannei und Krieg in Trümmer gesunken. Der Krieg von einst bedeutete Schlachten, Sieg oder Niederlage für unsere Länder. Im Atomzeitalter würde Krieg die Vernichtung der Zivilisation sein. Unsere oberste Pflicht ist es, eine solche Katastrophe zu verhindern. Es ist aber auch unsere Pflicht, allen Menschen die Möglichkeit eines besseren Lebens zu geben. Dann werden die Europäer im Vertrauen auf den Frieden und die ständige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen eine Gesellschaft, in der einzelne Vorrechte tief verwurzelt waren, umwandeln in eine Gesellschaft, in der die Menschenrechte und die Menschenwürde für jeden einzelnen eine Realität sind.

Zur Einigung der Völker Europas müssen die nationalistischen Formen der Vergangenheit überwunden werden. Schrittweise muß das, was nationale Verantwortlichkeit war, in gemeinsame Verantwortlichkeit der europäischen Völker umgewandelt werden. Die Völker Europas wissen aus Erfahrung, welche Methoden zur Einheit Europas führen und welche nicht.

Eingang zur Westfalenhalle

Jahrhundertlang sind die europäischen Völker durch Grenzen, Zölle und Kriege getrennt und zu Gegnern gemacht worden. Man hat sogar aus der Teilung Europas eine Doktrin gemacht: den Nationalismus. Wir haben auch die Versuche zur Einigung Europas kennengelernt, die die verschiedenen Eroberer nacheinander unternommen haben, und schließlich den Mißerfolg all der Unternehmungen gesehen, welche die Vorherrschaft zum Ziel hatten. Gewiß, es hat auch Bemühungen um Zusammenarbeit zwischen den Nationen gegeben. Die Regierungen haben Koalitionen und Bündnisse geschlossen und Einrichtungen für die Zusammenarbeit geschaffen. So wurde der Nationalismus vorübergehend in Zaum gehalten, aber nicht überwunden. Jeder Staat verfolgte weiterhin seine eigenen Ziele. Der Nationalismus der europäischen Staaten hat nicht nur zu den Katastrophen geführt, die wir erlebt haben, sondern er ist heute einfach überholt.

Wir leben im Zeitalter der großräumigen Einheiten. Es gibt in Europa keinen Staat, dessen Möglichkeiten mit denen Amerikas oder Rußlands vergleichbar wären. Nur diese, ganze Kontinente umfassenden Mächte, verfügen heute über den großen Binnenmarkt und die reichen materiellen Mittel, welche die moderne Technik und der wissenschaftliche Fortschritt erfordern und die zur ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen unerlässlich sind.

Im Hinblick auf die Einigung der Völker Europas müssen die traditionellen Formen der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten schrittweise geändert werden. Der Anfang hierzu wurde im Jahre 1950 mit der Erklärung *Robert Schumans* gemacht, die sofort die Zustimmung von Bundeskanzler *Adenauer* fand. Im Jahre 1952 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl geschaffen. Im Jahre 1958 wurde dieser Anfang auf die gesamte Wirtschaftstätigkeit und auf die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgedehnt, und zwar durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes und die Errichtung der Atomgemeinschaft.

Wir leben heute im Jahre 1963 und die Europäische Gemeinschaft hat Gestalt gewonnen. Zum ersten Male in der Geschichte Europas sind die Wirtschaftsprobleme, die in der Vergangenheit unter nationale Verantwortung fielen, zu einer gemeinsamen Verantwortung geworden, welche die Menschen untereinander einigt, statt sie voneinander zu trennen. Diese große friedliche Revolution, welche die Beziehungen zwischen unseren Ländern verändert, ist in Wirklichkeit sehr einfach. Bei der Regelung ihrer Wirtschaftsbeziehungen akzeptieren unsere Länder jetzt das, was wir in unserem innerstaatlichen Leben alle akzeptieren: daß Macht nicht vor Recht geht, sondern daß das Leben innerhalb der Gemeinschaft auf der Grundlage der Gleichheit aller Bürger, durch Gesetze und Institutionen geregelt ist. Unsere Länder haben gemeinsame Regeln festgelegt, die für alle - Belgier, Deutsche, Franzosen, Italiener, Luxemburger und Niederländer - gleich sind. Um ihre Einhaltung sicherzustellen und um die von nun an gemein-

samen Probleme zu lösen, haben sie gemeinsame Institutionen geschaffen: das Europäische Parlament, den Ministerrat, die Kommissionen der Gemeinschaften und den Europäischen Gerichtshof.

Das Europa, das im Entstehen begriffen ist, umfaßt bereits die 170 Millionen Menschen, die in der Wirtschaftsgemeinschaft leben. Diese Gemeinschaft muß sich auch auf die anderen demokratischen Länder, insbesondere auf Großbritannien ausdehnen.

Die Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern macht es jetzt möglich, die Schaffung einer politischen Autorität, die Europa braucht, ins Auge zu fassen. Die europäischen Institutionen können in ihrer heutigen Form dieser Notwendigkeit nicht entsprechen. Eines ist jedenfalls, unerlässlich, damit, die politische Einheit Wirklichkeit werden kann: es muß dabei die öffentliche Meinung eine unmittelbare und wichtige Rolle spielen.

Aus diesem Grunde ist die Entschliebung, die Ihnen vorliegt, besonders bedeutsam. Wie es darin heißt, ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Stimme der Arbeitnehmer und aller Bürger Europas bei der Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft immer wirksamer werden muß. Bei dieser Aufgabe haben die Gewerkschaften als ein so bedeutender Teil der aktiven demokratischen Kräfte der Gemeinschaft eine besondere Verantwortung. Das Europäische Parlament ist die Volksvertretung der Gemeinschaft. Die Regelung, nach der die Mitglieder dieses Parlaments bisher ernannt worden sind, und die Befugnisse, die sie haben, entsprechen dem Abschnitt des europäischen Einigungsprozesses, der hinter uns liegt. Der Zeitpunkt ist gekommen, diese Regelung zu revidieren und die Rolle des Europäischen Parlaments und der übrigen Institutionen zu stärken, damit neuer Fortschritt erzielt werden kann.

Das ist eine wesentliche und dringende Frage. Sie macht Überlegungen und Diskussionen aller Beteiligten notwendig. Vor allem aber muß diese Frage wieder in die Gespräche zwischen dem Europäischen Parlament, den Regierungen und den europäischen Kommissionen aufgenommen werden. Die Völker müssen jetzt am Bau Europas direkten Anteil haben. Gleichzeitig mit der Fortsetzung unserer Bemühungen um die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa müssen wir damit beginnen, eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika zu schaffen. Soweit es sich absehen läßt, hängt die Verteidigung der westlichen Demokratie vom gemeinsamen Handeln Europas und der Vereinigten Staaten ab.

Das gleiche gilt für das Gedeihen unserer Wirtschaft. Die Europäische Gemeinschaft hat den größten Außenhandel der Welt. Unser Lebensstandard wird unmittelbar von dem Umfang des Welthandels beeinflusst. Die Probleme der Weltwirtschaft berühren unsere lebenswichtigen Interessen. Dabei handelt es sich um die Währungsstabilität des Westens, die Überschüsse der

Agrarproduktion in einer immer stärker industrialisierten Welt, die Hilfe für die Entwicklungsländer und selbstverständlich um die Liberalisierung des Handels. Allein kann weder Europa noch Amerika diese Probleme lösen; gemeinsam werden sie es können. Ein gemeinsames Vorgehen ist also unbedingt erforderlich. Damit dieses gemeinsame Handeln dauerhaft ist und sich weiterentwickeln kann, ist Gleichberechtigung beider Partner notwendig. Lassen Sie mich Ihnen hierzu die Erklärung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa vom 26. Juni 1962 verlesen:

„Es handelt sich hierbei um eine Partnerschaft zwischen Amerika und dem Vereinigten Europa, d.h. zwischen zwei verschiedenen, aber gleichermaßen machtvollen Einheiten, von denen jede ihren Anteil an der gemeinsamen Verantwortung gegenüber der Welt übernimmt. Diese Beziehung der Partnerschaft ist naturgegeben und unausweichlich, da die Völker Europas und Amerikas an der gleichen, auf Freiheit gegründeten Zivilisation teilhaben und ihr öffentliches Leben nach gemeinsamen demokratischen Grundsätzen führen.“

Die Notwendigkeit dieser gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten ist für die Vereinigten Staaten ebenso offensichtlich wie für uns. Das wissen wir heute aus den Erklärungen des Präsidenten *Kennedy*, die keinen Zweifel bestehen lassen.

In unseren Bemühungen stoßen wir heute auf die uns allen bekannten Schwierigkeiten. Aber Schwierigkeiten dürfen an unseren Zielen nichts ändern. Wir müssen weiterhin **al** das tun, was den Gemeinsamen Markt in sich festigt. Wir müssen Mittel und Wege suchen, die Verhandlungen mit Großbritannien wiederaufzunehmen. Wir müssen eine europäische politische Autorität auf demokratischer Grundlage schaffen. Wir müssen anfangen, Europa und Amerika als gleichberechtigte Partner zusammenzuführen.

Wenn wir unbeirrt und Schritt für Schritt vorwärtsgehen, werden wir morgen das erreichen können, was heute noch unmöglich ist. Die neuen Möglichkeiten, die durch die fortschreitende Einigung der Völker in Europa entstehen, werden nicht in den Dienst von Machtstreben und Beherrschungswillen, sondern in den Dienst am Wohl des Menschen gestellt werden.

Es wäre eine gefährliche Täuschung, zu glauben, daß durch die Einigung Europas der militärische Ruhm unserer Vergangenheit wieder auferstehen würde. Im Gegenteil. Durch die Einigung der Völker Europas werden wir endlich unseren Kindern die Möglichkeiten für Fortschritt und Frieden geben können, welche die vorangegangenen Generationen uns nicht geben konnten oder nicht zu geben wußten.

Wenn heute in dieser machtvollen Kundgebung Gewerkschafter aus den sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaft zusammengekommen sind, um eindrucksvoll und in nicht mißzuverstehender Weise zu demonstrieren, so geht es nicht um Lohn und Gehalt, nicht um Arbeitszeit und Sozialversicherung, sondern um etwas, das mehr als alle materiellen und sozialen Forderungen die Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung von jeher betrifft. Es geht um Völkerverständigung, es geht um Frieden, es geht um das Gemeinsame, das alle werktätigen Menschen in allen Teilen der Erde verbindet.

Seit ihren ersten Tagen haben die Gewerkschaften dafür gekämpft, dem unsinnigen Streit zwischen den Völkern, dem sinnlosen Kampf zwischen den Nationen ein Ende zu machen - in der

Verschiedenheit der Gaben und Veranlagungen das Gemeinsame zu erkennen - in der Vielfalt das Große und sich Ergänzende zu sehen. Völkerfrieden, gemeinsames Streben nach gemeinsamem Glück, große Wirtschaftsräume und Einigkeit im Ziel - das war es, was von jeher die Grundlage gewerkschaftlichen Tuns war -, die Hoffnung, auf der wir unsere Pläne für Frieden und Wohlstand für alle auf dieser Erde aufbauten.

Immer wieder wurden die Völker in dummer und blinder Eifersucht gegeneinandergehetzt - sie zerfleischten sich, anstatt gemeinsam aufzubauen. Jeder Plan einer wirtschaftlichen und politischen Einigung der Völker scheiterte an dem nationalen Irrsinn der Fürsten und Staatsmänner. Statt einer Geschichte glücklichen Fortschritts wurde so die Geschichte der Menschheit zur Kriegsgeschichte. Alle Versuche, diesem europäischen Bürgerkrieg ein Ende zu bereiten, mußten fehlschlagen, weil sie mit Vorstellungen verwirklicht werden sollten, die diesem Ziele entgegengesetzt waren.

Denn es kann nur eine Gemeinschaft geben, wo gemeinsame Interessen, gemeinsame Ideale, gemeinsame Vorstellungen vom Leben und vom Recht des Menschen Geltung haben. Allianzen von Fürsten, Bündnisse von Staatsmännern, Vorherrschaft irgendeines Staates sind der Tod jeder wahren und haltbaren Gemeinschaft. Die Addition nationaler Eitelkeiten ist niemals eine europäische Politik - sie war und bleibt Europas Unglück. Mit den Methoden des Wiener Kongresses und der Staatskunst Metternichs kann man bestehendes Unrecht für einige Zeit absichern - aber man kann keine dauernde Gemeinschaft schaffen. Immer wieder haben die Völker Europas

**LUDWIG ROSENBERG**  
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

solche Versuche der Einigung mit Blut und Tränen bezahlen müssen - immer wieder haben gerade die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung ihre Stimme erhoben, endlich den einzig dauerhaften Weg zu gehen - die Gemeinschaft der Völker, der Menschen, zu schaffen.

Endlich nach diesem furchtbarsten aller Kriege nahmen Männer voller Mut und Entschlußkraft - unter ihnen unser Freund *Jean Monnet* - mit nüchternem Sinn und heiligem Eifer die große Idee wieder auf. Endlich entschlossen sich sechs Staaten Europas, die ersten Schritte auf diesem Wege zu tun. Die wirtschaftliche Einheit als Vorstufe der politischen Einheit wurde begonnen. Und vom ersten Tage an gab es keine leidenschaftlicheren Kämpfer für diese Idee und ihre Verwirklichung als die großen freien Gewerkschaften.

Wir alle haben den Weg miterlebt, den diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von den Anfängen der Montanunion bis zur Gründung des Gemeinsamen Marktes und Euratom genommen hat. Wir alle haben jede Phase der Hemmnisse, der Schwierigkeiten und der Erfolge miterlebt und wir alle wissen, wie mühsam und schwer es war und noch ist, Vorstellungen zu überwinden, die der Vergangenheit angehören und die - was auch immer man als Begründung dafür anführen mag - eine Gefahr für die Einheit und damit eine Gefahr für uns alle bedeuten.

Wer heute glaubt, daß die einzelnen Staaten des freien Europas in nationaler Unabhängigkeit alten Stiles ihre Probleme zu lösen vermögen - der hat damit bewiesen, daß er unsere Zeit und ihre Probleme nicht versteht. Wer heute glaubt, alte oder neue Vormachtstellungen in Europa begründen zu können, der lebt in einer Vergangenheit, aus deren unseliger Geschichte er nichts gelernt hat. Die freien Völker Europas haben nur eine Wahl: einzeln unterzugehen oder gemeinsam die Zukunft zu meistern. Die Opfer, die jeder einzelne Staat an Souveränität, an Selbständigkeit, an Eigennutz dieser Gemeinschaft darbringen muß, sind lächerlich gering, verglichen mit dem unabwendbaren Schicksal, das sonst einen nach dem anderen treffen muß. Mit großer Sorge haben wir deshalb in der letzten Zeit festgestellt, daß Vorstellungen den Fortgang der europäischen Einigung hemmen, die in keiner Weise den Idealen der Völker und den Notwendigkeiten unserer Zeit gerecht werden. Keine noch so klugen und keine noch so verschlagenen Methoden werden uns von dem Weg abbringen, den wir mit voller Überlegung und aus innerster Überzeugung beschritten haben. Niemand, wer es auch sein mag, wird uns von unserem Ziele abbringen: Denn wir wissen - das Schicksal aller freien Menschen in Europa und in der Welt hängt davon ab, ob das große Experiment der Freiheit gelingt. Denn um die Freiheit geht es. Um die Freiheit jedes einzelnen, um die Freiheit unserer Völker, um die Freiheit unserer Länder.

Wir, unsere Generation hat zu beweisen, daß sie in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit in Freiheit, in Frieden und Menschenwürde zu lösen.

**Gäste der Kundgebung: u. a. der amerikanische Botschafter George C. McGhee, der amerikanische Generalkonsul. Edmund H. Kellog, Willi Richter, Georg Reüter, Erich Ollenhauer und Alfred Nau**

Gelingt uns das nicht, dann ist sicher, daß dieser Erdteil ein Opfer moderner Barbarei und Diktatur wird. Die Menschen aus sechs Ländern waren bereit und bleiben bereit, das große Experiment der Freiheit gemeinsam zu beginnen. Sie lassen sich durch niemanden davon abbringen, sie werden mit mehr Elan und Nachdruck als jemals zuvor auf diesem Wege weiter vorwärtsdrängen.

Sie hoffen und wünschen, daß sich alle anderen freien Völker Europas mit ihnen in dieser Aufgabe vereinen. Sie dulden nicht, daß anderen die Tore zugeschlagen werden, die wirklich und ehrlich mit ihnen gemeinsam diesen Weg gehen wollen. Sie rufen alle freien Völker dieses alten Kontinents auf, kleinliche Eigeninteressen dem großen Gemeinsamen unterzuordnen. Sie sind bereit, jedem zu helfen, zeitweilige Schwierigkeiten auf diesem Wege zu überwinden. Sie stellen nur diese Bedingungen: Nur wer die Freiheit seiner Bürger achtet, die Demokratie praktiziert, die Menschenrechte schützt - nur der kann der Gemeinschaft der Freien angehören. Nur wer bereit ist, aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die politischen Konsequenzen zu ziehen, kann ehrlich Mitglied unserer Gemeinschaft sein.

Wir wollen keine Bündnisse und keine Freihandelszone - wir wollen die

Vereinigten Staaten von Europa, nicht weniger und nicht mehr. Aber wir wollen auch keinen engstirnigen europäischen Nationalismus. Ein starkes geeintes Europa - und nur ein starkes geeintes Europa - kann und wird seinen Teil der Last und der Aufgaben übernehmen, der allen modernen Staaten in der Welt heute zufällt. Es wird nicht Satellit, sondern wirklicher Partner sein - ein verlässlicher Partner aller derer, die in allen Teilen der Erde den Kampf gegen Hunger, Not, Unwissenheit und Unfreiheit führen. Es wird ein wirklicher, verlässlicher und weltoffener Partner sein der Vereinigten Staaten von Amerika und aller freien Völker der Welt.

Ein geeintes und freies Europa wird wirklich und wirksam allen jenen helfen können, die in anderen Erdteilen für ihre Freiheit, ihre wirtschaftliche Sicherheit und ihren sozialen Fortschritt ringen. Weltoffen, wie jeder sein kann, der stark ist, wird und soll schon heute diese Gemeinschaft beweisen, daß der Zusammenschluß der freien Völker Europas nicht einen europäischen Provinzialismus bedeutet, sondern mehr Hilfe und wirksamere Unterstützung. Ob es sich um die Länder in Lateinamerika, in Asien oder Afrika, ob es sich um Indien oder Pakistan, um Israel oder um die arabische Welt handelt.

Das deutsche Volk, das noch immer auf die Erfüllung seines Selbstbestimmungsrechtes wartet, weiß, welche Verpflichtung gerade wir um diese Gemeinschaft, der wir uns verschrieben haben, in einer zerrissenen Welt tragen. Die deutschen Gewerkschaften wissen, welche Kraft die Solidarität freier Menschen in der Welt hat - und was uns allen droht, wenn sie versagt. Einen Pfeiler des Rechts, eine Bastion der Freiheit, einen Tempel der Menschenwürde wollen wir in diesem Europa schaffen - ein Partner der freien Welt, ein Freund der Unterdrückten und der zur Freiheit Strebenden wollen wir sein. Im Verein mit unseren Freunden hier - in Gemeinschaft mit denen, die mit uns gehen wollen -, zusammen mit den freien Völkern jenseits aller Meere wollen wir das endlich begonnene Werk vollenden. Niemand in dieser Welt wird uns von diesem Ziele abbringen. Wir sind entschlossen wie nie zuvor, unbeirrt auf dem Wege weiterzugehen, an dessen Ende das Glück und die Hoffnung aller Menschen stehen.

Wir, die Vertreter von 12 Millionen organisierter Arbeiter, Angestellten und Beamten in den heute nur sechs Ländern der Gemeinschaft, wir, die Sprecher von zahllosen Millionen der Werktätigen unserer Völker, rufen die Bürger unserer Staaten auf: macht von Eurem demokratischen Recht der Meinungsfreiheit Gebrauch. Werdet Euch der Möglichkeiten und der Aufgabe unserer Zeit bewußt. Jahrhundertlang habt Ihr für Haß, Feindschaft und falsche Ideale Blut und Leben gelassen. Ihr sollt nicht sterben - Ihr sollt leben und lebend kämpfen - für die große Idee der Einheit - für die Vereinigten Staaten von Europa - für die Partnerschaft eines freien demokratischen Europas mit der ganzen freien Welt. Für Freiheit und Frieden in allen Teilen unserer Erde.

Der Allgemeine Arbeiterverband von Belgien begrüßt die Initiative außerordentlich, die unsere Bruderorganisation ergriffen hat, um uns alle hier zu einer Kundgebung für Europa zu vereinigen. Wir haben der Teilnahme an dieser Manifestation zugestimmt, weil die belgische Gewerkschaftsbewegung immer bereit ist, bei jeder Initiative mitzuwirken, die darauf abzielt, die europäische Idee vorwärtszubringen.

Schon auf dem beschränkteren Gebiet der Beneluxländer haben wir nach der Gründung dieser Union wirksam und mit Erfolg die Zusammenarbeit mit Holland und Luxemburg befürwortet und unterstützt. Als die Gründung europäischer Institutionen, wie der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und

**VICTOR THIJS**  
Präsident des Belgischen Gewerkschaftsbundes (FGTB)

Euratom, in Aussicht genommen wurde, hat die belgische Gewerkschaftsbewegung die Initiatoren dieser Institutionen kräftig unterstützt. Wir wußten, daß die europäische Arbeiterklasse über alle Voraussetzungen verfügt, um ein vereintes Europa aufzubauen. Daher rührt unser ständiges Bemühen um eine aktive Teilnahme der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen an der Tätigkeit der gemeinsamen Institutionen.

Die erste Phase von 5 Jahren des Gemeinsamen Marktes war ein wirklicher Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiet. Es ist nicht zu bestreiten, daß die sechs Länder, die der Gemeinschaft seit 1958 angehören, bemerkenswerte Fortschritte erzielt haben, und daß sie sich durch Vereinigung ihrer Kräfte eine Stellung in der Welt errungen haben, die jedes Land, auf sich allein gestellt, nicht erreicht hätte. Dieses Europa, so wie es jetzt im Begriff ist, sich zu entwickeln, erweckt gleichzeitig Beachtung und Befürchtungen in der übrigen Welt. Beachtung in den Augen jener, die gesehen haben, wie es sich aus den Ruinen des zweiten Weltkrieges erhoben hat, und die gesehen haben, wie es sich dank des Vertrages von Rom zusammenschließt. Befürchtungen erweckt es andererseits bei all denen auf dem Weltmarkt, die mit ihm als Konkurrent rechnen müssen.

Eins ist sicher, unser Europa wird eine immer bedeutendere Rolle im Gefüge dieser Welt spielen. Auch die Gewerkschaftsorganisationen der Sechs haben dies seit langem erkannt und die Grundlagen entsprechender gewerkschaftlicher Institutionen geschaffen, um durch tatkräftige Zusammenarbeit die Solidarität unter den europäischen Arbeitern zu verstärken. Wenn auch

nicht alles wie geölt läuft und die europäischen Institutionen mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so wurden doch schon in vielerlei Hinsicht Resultate erzielt, die dem ursprünglich durch den Vertrag von Rom vorgesehenen Zeitplan weit vorausseilen, wie der progressive Abbau der Zolltarife und der Einfuhrkontingente.

Aber seit Januar 1963, als durch das fatale Eingreifen eines Mannes die Verhandlungen mit Großbritannien unterbrochen wurden, hat sich in der Gemeinschaft eine Krise entwickelt. Derartiges Auftreten läßt uns sehr an gewisse Diktatoren aus der jüngsten Vergangenheit denken und kann von uns nicht einfach hingenommen werden. Wir wollen nicht zurückkehren zu Allianz- und Koalitionssystemen des 19. Jahrhunderts, die in der Vergangenheit so unheilvolle Folgen für das alte Europa hatten. Kein Europa der Vaterländer, sondern ein Europa der Völker wollen wir. Nur demokratische Mittel können dazu dienen, Europa weiter demokratisch auszubauen. Wir, die Vertreter der belgischen Arbeiterbewegung, weigern uns, zu akzeptieren, daß eine Person oder ein Land das wachsende Europa beherrscht.

Wir wollen vielmehr gewährleistet sehen, daß die Vereinigten Staaten von Europa für alle demokratischen europäischen Länder offenstehen, welche die Grundsatzklärung hinsichtlich Gleichheit, Freiheit und Frieden unterschreiben, die in der Präambel des Vertrages von Rom enthalten ist. Wir sind fest davon überzeugt, daß nur die Schaffung einer derartigen politischen Einheit die Freiheit und die Menschenwürde in unserem Kontinent und in der ganzen Welt sichert. Wir fordern daher zusammen mit allen europäischen Arbeitnehmern, daß unsere Regierungen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um unsere europäischen Institutionen in die Lage zu versetzen, weiter die ihnen anvertrauten Aufgaben mit dem Ziel eines ständigen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts in Europa zu erfüllen. Die vereinten Kräfte der Arbeiterorganisationen müssen einer der entscheidenden Faktoren für den weiteren Aufbau des freien, demokratischen und vereinigten Europas von morgen sein.

Wenn ich bei dieser Veranstaltung der freien Gewerkschaften in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die einhellige, bedingungslose und begeisterte Zustimmung der italienischen demokratischen Arbeiter ausspreche, sei mir zunächst gestattet, den hier zahlreich vertretenen italienischen Arbeitern und darüber hinaus allen italienischen Arbeitern, die in dieser und in vielen anderen Städten Deutschlands, tagtäglich in den Fabriken oder auf den Feldern Seite an Seite mit ihren deutschen Arbeitskameraden und denen anderer europäischer Länder zusammenwirken, meinen tiefempfundenen brüderlichen Gruß zu überbringen. Mit ihrer Arbeit und ihrer Leistung tragen sie nicht nur dazu bei, Europa reicher und blühender zu machen, sie tragen auch dazu bei, das Gefühl der Solidarität und der gemeinsamen Interessen zu vertiefen, die die unerläßliche Basis für ein starkes, freies und geeintes Europa ist.

**A. CLAUDIO ROCCHI**  
Auslandssekretär der Confederazione  
Italiana Sindacati Lavoratori (CISL)

Gestatten Sie mir, auch im Namen aller im Italienischen Gewerkschaftsbund vereinten Arbeitnehmer, dem Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes gegenüber unsere aufrichtige Zustimmung zum Ausdruck zu bringen, weil er, sich die Gefühle aller nationalen Schwestergewerkschaften in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu eigen machend, diese große Veranstaltung des europäischen Glaubens und Wollens der demokratischen Arbeiterschaft in so imponierender Form verwirklicht hat.

Diese große Zusammenkunft der europäischen Welt der Arbeit, zu der Sie alle so zahlreich und begeistert aus allen Ländern von Europa herbeigeeilt sind, ist zu allererst ein Beweis, daß in der Tat ein geeintes Europa nicht mehr nur ein Wunschbild einer kleinen Elite ist, sondern es ist die tatsächliche Hoffnung der Arbeiter. Es ist das grandiose Zeugnis ihres Willens, nicht ein anachronistisches Europa der Vaterländer zu errichten, sondern ein Europa von freien demokratischen Völkern zu schaffen. Stärker noch, es geht um ein gemeinsames europäisches Vaterland. Wie ein großer italienischer Philosoph, *Benedetto Croce*, gesagt hat, geht es um ein Europa, das sich bewußt ist, eine Grenzstellung des Westens zu sein, aber nicht allein gegen die von der kommunistischen Diktatur unterdrückten Länder, sondern auch nach Afrika hin, dessen Völkern wir ein verständnisvolles Wort, eine gültige Botschaft hinübersenden müssen, die von ihnen gehört wird.

Die europäische Einheit, die bereits im vergangenen Jahrhundert von den einsichtigen und weitblickenden Menschen erträumt wurde, zu einer Zeit, als die politische Bewegung noch in der Errichtung des Nationalstaates ihren Höhepunkt sah, ist jetzt in dieser Nachkriegszeit nach einem Jahrhundert innerer Kämpfe und Kriege zwischen den Völkern Europas von neuem als großes Ziel zu uns zurückgekehrt. Der europäische Gedanke verkörpert für uns das Ideal, der Freiheit und die Hoffnung auf eine ausgeglichene, gerechtere und friedliebendere menschliche Gesellschaft, nach den trüben Erfahrungen eines erbitterten Nationalismus, der Rassendiskriminierung und des politischen und ideologischen Imperialismus.

Heute, wo die Konsolidierung der europäischen Gemeinschaften im Gange ist; scheint es nicht abwegig, daran zu erinnern, daß das neue europäische Ideal seine tiefen Wurzeln in der Botschaft findet, die uns der Antifaschismus und die Resistance gegeben haben, als sie den neuen Weg wiesen, der über die zufälligen Wechselfälle und Ereignisse hinweg den europäischen Völkern neue Hoffnung zu geben verstand.

Die Beurteilung, ob die zur Förderung der wirtschaftlichen Integration geschaffenen europäischen Institutionen bisher im Rahmen ihrer Möglichkeiten dieser Hoffnung gerecht geworden sind, kann nur positiv sein. Als positiv müssen auch die Auswirkungen auf sozialer Ebene angesehen werden. Die zwei schwierigsten und ernstesten Probleme, die sich zu Anfang stellten, das der Arbeitslosigkeit und des niederen Lebensstandards, insbesondere im südlichen Teil von Italien, sowie die geringe Qualifizierung der Arbeiterschaft, wurden mit vollem Einsatz angepackt, und die gemeinschaftliche Zusammenarbeit trägt schon sehr beachtliche Früchte.

Aber der Gedanke eines ausschließlich wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas, so positiv er ist, kann nicht mehr genügen. Heute muß das Problem der europäischen Einigung mehr denn je als eine unabdingbare politische Notwendigkeit verstanden werden, in der Überzeugung, daß die gemeinsame Zivilisation und die gemeinsamen Ideale die grundlegende Basis dafür sind. Man baut Europa in der Tat nicht nur auf wirtschaftlichen Interessen auf, sondern vielmehr und hauptsächlich auf seiner geistigen Einheit.

Die freien Völker Europas haben gegenüber einer Politik der westlichen Solidarität und der europäischen Einheit keine Alternative mehr.

Der politische Vollzug der europäischen Einigung und die Rolle Europas im größeren internationalen Raum, sind die zwei vordringlichen Fragen unserer Zukunft, deren glückliche Lösung alle ehrlichen demokratischen Kräfte unserer Staaten in enger Zusammenarbeit anstreben müssen.

Im Hinblick auf den zweiten Aspekt besteht kein Zweifel, daß Europa mehr noch als zur politischen, zur psychologischen Stärkung des Westens beitragen muß, in dem Bewußtsein, daß es ein Grenzland ist. Eindeutig ist klar, daß die Einheit Europas die vordringlichste Voraussetzung für die

Stärke des Westens ist, die Stärke, die nur durch klar übernommene Verpflichtungen von Seiten Europas erreicht werden kann, durch die es sich mit gleichen Rechten an die Seite der Vereinigten Staaten stellt.

Was nun den Fortgang des Einigungsprozesses von Europa betrifft, so müssen wir hier rückhaltlos unsere große Enttäuschung und unsere tiefe Verbitterung über die Verständnislosigkeit, über die Mißverständnisse und nationalistischen Tendenzen äußern, die in den letzten Monaten das natürliche Heranreifen des europäischen Vaterlandes nicht nur verhindert, sondern mit kleinlichen diplomatischen Bedenken erstickt haben.

Eine unaufhaltsam vorwärtstrebende Entwicklung ohne nationale Reue über das schon entstandene europäische Gefüge, ein unermüdliches sofortiges Bemühen um modernere und nicht mehr aufschiebbare Formen einer politischen Integration, die Überwindung der Hindernisse, die bisher in so unnatürlicher Weise das demokratische Europa in zwei konkurrierende Lager getrennt haben, und - in erster Linie - der ehrliche feste Wille aller, England an Europa anzuschließen - das ist es, was wir demokratischen italienischen Arbeiter wollen. Wir wissen, daß die Entfaltung der Demokratie in Europa ganz eng damit verknüpft bleibt, so schnell wie möglich nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einigung unseres alten Kontinents zu erreichen. Das ist es auch, was alle Arbeiter der freien Gewerkschaften in der Wirtschaftsgemeinschaft wollen und von den Organen der Gemeinschaft und von ihren nationalen Regierungen fordern müssen. Der Traum eines freien geeinten Europas, das den Wohlstand, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für seine Völker sichert sowie Lehrerin und Meisterin der Demokratie und der Garant für den Frieden in der ganzen Welt ist, soll zu einer lebendigen Wirklichkeit werden.

## Erklärung des Luxemburgischen Gewerkschaftsbundes

Vorgetragen von Mathias Hinterscheid

Die Luxemburger freien Gewerkschaften, der kleinste aber gleichberechtigte Partner der im Europäischen Gewerkschaftssekretariat zusammengeschlossenen Gewerkschaftsbünde der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes, begrüßen die Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu dieser machtvollen Kundgebung, die auch uns Gelegenheit gibt, heute, gemeinsam mit unseren Kollegen der freien Gewerkschaften und im Namen von 12 Millionen Mitgliedern, unser Bekenntnis zu einem nicht nur wirtschaftlich integrierten, sondern politisch geeinten und sozialfortschrittlichen Europa zu erneuern. Die freien Gewerkschaften unserer Länder sind bereits 1949, im damaligen Intergewerkschaftlichen Ruhrkomitee, für die Internationalisierung der Schlüsselindustrien Europas eingetreten. Das war vor dem Schuman-Plan. Dieser und die Schaffung der europäischen Gemeinschaften wurden von uns als Mittel und Weg zur friedlichen, wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas begrüßt.

Heute befinden wir uns mit vielen anderen aufrichtigen Europäern in einer Defensive gegenüber Kräften, die nicht nur die Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaften hemmen, die Aufnahme noch abseits stehender demokratischer Staaten abbremsen, sondern auch die politische Einigung Europas verhindern wollen. Wir, als Vertreter derjenigen, für die man ein geeintes, besseres, friedlicheres, wirtschaftlich gefestigtes und sozial fortschrittliches Europa schaffen will, nämlich der Arbeiter Europas, sehen es als unsere Pflicht an, heute hier unsere warnende Stimme zu erheben und sowohl die Regierungen wie die Exekutiven der europäischen Gemeinschaften aufzufordern, sich ihrer Verantwortung bewußt zu werden und den Willen aufzubringen, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die Lösungen vorzubereiten, um die Hindernisse zu beseitigen, die zur Zeit der Festigung des Gemeinsamen Marktes, seiner Ausdehnung und der politischen Einigung Europas im Wege stehen.

Wir Luxemburger freien Gewerkschafter sind froh und stolz, heute hier solidarisch mit unseren deutschen, französischen, italienischen, belgischen und holländischen Kollegen erklären zu können, daß wir gemeinsam, im Bewußtsein unserer gewerkschaftlichen Stärke, keine Mittel scheuen und alles tun werden, um die Vereinigten Staaten von Europa als gleichberechtigten Partner der freien Welt mit allen gleichgesinnten Europäern zu verwirklichen, aber auch gegen diejenigen, die in nationaler Verblendung verkennen, daß im Interesse des Wohlergehens jedes einzelnen und im Dienst der Verteidigung von Frieden, Freiheit und Demokratie Europa wirtschaftlich und politisch geeinigt werden muß.

Der freie Gewerkschaftsbund Force Ouvrière, in dessen Namen ich hier spreche, begrüßt die Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hier in Dortmund diese europäische Kundgebung zu organisieren.

Mein Gewerkschaftsbund hat beschlossen, sie mit allen Kräften zu unterstützen. Eine starke Delegation ist nach hier gekommen, der mehrere Bundesvorstandsmitglieder und auch ein Teil der Exekutive unseres Bundes angehören. Wir bringen damit sichtbar unsere Solidarität mit Euch und unsere vorbehaltlose Unterstützung der Ideen für den Bau eines geeinten Europas zum Ausdruck.

Neben der Anwesenheit dieser offiziellen Delegation möchte ich aber noch besonders auf die Anwesenheit einer großen Anzahl französischer Bergarbeiter hinweisen, die eigens zu dieser Kundgebung aus dem an der deutschfranzösischen Grenze gelegenen Kohlenbecken gekommen sind. Das ist ein Beweis dafür, daß der Wille zur Schaffung Europas nicht nur in den Leitungsorganen der Landesverbände unseres Gewerkschaftsbundes vorhanden ist. Er ist tief in die Massen der Arbeitnehmer eingedrungen, sie akzeptieren diese Gemeinschaft nicht nur, sondern sie fordern sie und verwirklichen sie auch.

Ich habe soeben von der deutsch-französischen Grenze gesprochen, die wir heute überschritten haben, um hierherzukommen. Hier liegt im Grunde das ganze Problem. Warum gibt es Grenzen? Warum muß es Grenzen geben? Und ist es möglich, sie vollständig verschwinden zu lassen, nachdem sie nach und nach immer bedeutungsloser wurden?

Grenzen sind die äußerliche Abgrenzung der Staaten. Sie umschließen, jede für sich, daß Leben einer Gemeinschaft. Die Existenz der im Verlaufe der Geschichte entstandenen Nationen ist deshalb ein Fortschritt gegenüber dem Zustand, der vorher herrschte. Sie sind die erste Verwirklichung des Zusammenschlusses von Menschen, die auf Grund einer weitgehenden Gemeinsamkeit ihrer Gefühle und Interessen beschlossen, ihr Leben und ihr Schicksal miteinander zu verbinden und sich in nationalen Gemeinschaften zusammenzuschließen

Nun, wir wissen nur zu gut, daß die Entwicklung zwar manchmal empirisch, aber nur allzuoft chaotisch verlief. Das Gemeinschaftsgefühl entstand häufig erst als Folge einer Zusammenfassung, und es waren durchaus nicht immer

**ROBERT BOTHEREAU**  
Generalsekretär des Französischen  
Gewerkschaftsbundes Force Ouvrière

#### **Teilnehmer aus Frankreich an der deutsch-französischen Grenze**

die Gemeinschaftsgefühle, die den Zusammenschluß verlangten. Die Festlegung der Grenzen entspricht oft nicht der freien Entscheidung. Sie ist weitgehend das Resultat von Kraftproben und blutigen Kämpfen, die die Geschichte als „glorreich“ bezeichnet. Wie dem aber auch sei, diese von dem Gedanken des Vaterlandes getragenen nationalen Gemeinschaften stellen in der Geschichte der Menschheit einen Fortschritt gegenüber den zerstückelten und zerstreuten Gebieten dar. Sie sind eine Etappe auf dem Wege zu anderen Zusammenschlüssen und damit zu weiteren Fortschritten.

Die Entwicklung in der Welt geht in Richtung auf die Schaffung von immer größeren Einheiten. Die Provinz von gestern mußte den Nationen Platz machen. Die Nationen von heute werden morgen den Kontinenten weichen. Das ist eine normale und unausweichliche Entwicklung in dem Maße, wie

#### **Französische Bergarbeiter-Delegation**

sich die Menschen die modernen Produktions- und Kommunikationstechniken zu eigen gemacht haben und das Bedürfnis nach größeren Zusammenschlüssen verspüren und sich klar darüber sind, daß sie sie verwirklichen können. Das im Werden begriffene Europa wird einer dieser kontinentalen Zusammenschlüsse sein. Es ist unvermeidlich, daß es ohne Rücksicht auf die verschachtelten Grenzen, ihren Verlauf und die daraus entstehenden Proteste sowie die Haßgefühle, die sie mit sich brachten, geboren werden wird.

Europa muß sich zusammenschließen, um gegenüber den anderen großen Zusammenschlüssen - im Osten das sowjetische Imperium, im Westen die Vereinigten Staaten Amerikas - ein Gesprächspartner von Gewicht sein zu können. Nicht zu vergessen, daß sich auch der afrikanische Kontinent neu organisiert.

Europa hatte die Wahl zwischen einer Neuorganisierung, um überleben zu können, oder dem Untergang. Europa zu schaffen, wurde zu einer von der Entwicklung vorgeschriebenen Notwendigkeit und zu einem geschichtlichen Imperativ. Wir haben beschlossen, Europa zu schaffen.

Werden wir dabei einen vollen Erfolg erzielen? Wir tun alles dafür. Um unsere weitreichenden aber durchaus möglichen Ambitionen zu verwirklichen, müssen wir eine Gemeinschaft errichten, die den Vorstellungen des europäischen Kontinents entspricht, das heißt den Vorstellungen der freien und demokratischen Nationen des westlichen Europas.

Deshalb bedauern wir es, daß sich gleich zu Anfang unserer Bemühungen zwei Teile gesondert organisierten und sich gegenüberstanden: das Europa der Sechs des Gemeinsamen Marktes und das Europa der Sieben der Europäischen Freihandelszone.

Ich weiß sehr wohl, daß Gründe hierfür vorhanden waren. Traditionen, Gewohnheiten, Interessen wurden durch diese neue Entwicklung durcheinandergebracht. Welchen Wert aber haben diese Interessen gegenüber dem Ziel, das erreicht werden soll? Wenn es uns nicht gelingt, diese beiden Blöcke, diese beiden Stücke Europas zusammenzufassen, besteht die Gefahr einer sehr schädlichen Kristallisation. Und wir werden in der Zukunft den Preis für unsere Irrtümer bezahlen müssen.

Deshalb müssen alle, die hier vertreten sind, den festen Willen haben, den Graben, der die beiden Teile des freien Europas trennt, schnellstens zuzuschütten. Es sei uns deshalb erlaubt, unseren Freunden in Großbritannien, in den skandinavischen Ländern und allen anderen Ländern der EFTA zuzurufen, sich so schnell wie möglich einzugliedern in eine echte wirtschaftliche Gemeinschaft Europas. Ja, ich sagte wirtschaftliche Gemeinschaft und ich habe damit den allgemein angewandten Begriff gebraucht. Darf aber diese der Wirtschaft geweihte Gemeinschaft unser letztes Ziel sein? Sicherlich nicht.

Sie stellt nur einen Teil dieser Gemeinschaft dar. Zahlreich sind diejenigen - und die Gewerkschaften der sechs Länder gehören natürlich zu ihnen -, die sich nicht mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik begnügen wollen. Wir wollen mehr und besseres: eine vollständige und alles umfassende Gemeinschaft, die nicht nur die Zollgrenzen auslöscht, sondern auch alle anderen materiellen und moralischen Hindernisse zwischen den Nationen beseitigt.

Ich weiß sehr wohl, daß dies im Augenblick noch eine Idealvorstellung ist. Die nationalen und patriotischen Gefühle sind noch zu tief im Herzen der Menschen verankert, als daß sich dieses Ideal leicht verwirklichen ließe, ein Ideal, das schon die großen Denker des vergangenen Jahrhunderts proklamierten, nämlich aus Europa eine einzige Nation zu machen.

Die europäische Krise der letzten Monate hat uns gezeigt, wie groß der Abstand zwischen diesem Ideal und unseren realen Möglichkeiten der Ver-

wirklichung noch ist. Die unbedachten Erklärungen der einen, die leidenschaftlichen Reaktionen der anderen hätten - wenn sich nicht jeder zusammengenommen hätte - das bisher Verwirklichte wieder zunichte machen können.

Man kann aussprechen, was man gern möchte, man kann Großes und Schönes wollen - man kommt dabei nicht an der Tatsache vorbei, daß sich die sogenannten nationalen Interessen gegenüberstehen, daß die Perspektiven nicht für alle die gleichen sind, daß die eingeschlagenen Wege voneinander abweichen.

Nichts ist gefährlicher in derartigen Situationen als Slogans, die sich verbreiten, und Schlagworte, die nichts erklären. Welchen Wert hat es in der Praxis, das „Europa der Vaterländer“ dem „supranationalen Europa“ gegenüberzustellen? Wir stehen vor der Tatsache, daß das Europa der Vaterländer im Verschwinden begriffen ist, daß ein supranationales Europa eine Vision der Zukunft ist, daß Großbritannien diese letzte Form der europäischen Integration nicht akzeptiert, seine Anwesenheit in einem geeinten Europa aber eine Notwendigkeit für das Gleichgewicht der Welt ist. Europa kann nicht plötzlich fertig dastehen als das Ergebnis eines Gegenüberstellens von Thesen. Europa wird geschaffen werden, es verwirklicht sich in der geduldigen täglichen Arbeit, in einer ehrlichen Konfrontation der verschiedenen Auffassungen, in der nicht spektakulären aber wirksamen Suche nach der Lösung eines Problems, das sich dann zu den bereits gelösten hinzufügt.

All das müssen wir wissen. In diesem Geiste müssen unsere Regierungen handeln. Sie werden es um so schneller tun, wenn sie das ganze Gewicht der europäischen Arbeitnehmer spüren, die von unseren Gewerkschaftsorganisationen vertreten werden und deren Kraft auch heute wieder in dieser Kundgebung in Dortmund zum Ausdruck kommt.

Unsere Regierungen und jeder von uns muß aber auch wissen, daß wir Europa nicht nur um seiner selbst willen fördern, sondern daß wir Europa auch für uns selbst bauen wollen. Unser Ziel ist ein demokratisches, gleichberechtigtes und soziales Europa. Das ist unser fester Wille, und es auszusprechen, ist keine Erpressung. Es ist Hoffnung und Glaube in die Zukunft, Glück und Frieden.

Wir sind zu dieser Kundgebung gekommen, um diese Europakonzeption zu vertreten und zu verteidigen.

Nicht ohne innere Bewegung stehe ich auf diesem Podium, um zu Ihnen im Namen des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, NVV, zu sprechen. Ich bin deshalb sehr bewegt, weil ich hier vor einer so großen Anzahl deutscher Freunde und Freunde aus den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft über ein vereintes und freies Europa sprechen kann.

Nach der Schreckenszeit, die im Jahre 1945 endete, wurde es ständig deutlicher, daß wir den Frieden und unsere demokratischen Freiheiten nur garantieren können, wenn wir uns unseren nationalen Begrenzungen entreißen. Das vereinte und freie Europa fand schließlich in den Verträgen von Paris und Rom seine Form.

Der EWG-Vertrag, der am 1. Januar 1958 in Kraft trat, ist einer der wich-

W. F. VAN TILBURG  
Sekretär des Niederländischen Gewerkschaftsbundes (NVV)

tigsten Meilensteine in der Geschichte Europas. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Verbesserung der Handelsbeziehungen, sondern an erster Stelle um das Bemühen, zu einer gemeinsamen Politik auf *wirtschaftlichem* und sozialem Gebiet zu kommen. Diese *wirtschaftliche* Union, die Integration Europas, ist ein politisches Ereignis von großer Bedeutung, indem bestimmte nationale Befugnisse an Instanzen der Europäischen Gemeinschaft übertragen werden. Jede Maßnahme, welche die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft traf, hat uns wieder einen Schritt näher zu unserem Endziel gebracht, den auf demokratischen Prinzipien basierenden Vereinigten Staaten von Europa. Wir waren auf dem besten Wege dazu. Mit Enthusiasmus und Inspiration haben die Verteidiger des europäischen Gedankens viele Schwierigkeiten überwunden. Der *wirtschaftliche* und soziale Fortschritt in den sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaft war unverkennbar. Das Wirtschaftswunder in Deutschland würde nicht dasselbe Wirtschaftswunder gewesen sein ohne den EWG-Vertrag.

Ich spreche aus Erfahrung, wenn ich sage, daß auch durch die zahlreichen, regelmäßigen persönlichen Kontakte in den verschiedenen Gremien der Gemeinschaft, die Einsicht für die Schwierigkeiten des anderen gewachsen ist. Aber vor allem bestand der Wille, dieses Ziel zu erreichen. Es bestand die Überzeugung, daß nur durch gemeinsame Arbeit Frieden, Freiheit und sozialer Fortschritt errungen werden können.

Die internationale Entwicklung der letzten Monate aber hat alle Befürworter eines vereinten Europas mit großer Sorge erfüllt. Der EWG-Ver-

trag beruht auf einer offenen Gemeinschaft, d. h. daß die Gemeinschaft der sechs Völker auch für andere europäische Länder, die die Ziele der Gemeinschaft akzeptieren wollen, offenstehen muß. Ferner muß es anderen Ländern möglich sein, sich mit der EWG zu assoziieren. Es ist darum zu bedauern, daß u. a. die Verhandlungen mit Israel bis jetzt sowenig Fortschritte gezeigt haben. Es muß eine offene Gemeinschaft sein, denn sonst könnte in dem kontinentalen Europa eine neue Art Nationalismus entstehen, der zu Protektionismus und Zwiespalt innerhalb der westlichen Welt führt. Es muß eine Gemeinschaft mit einem supranationalen Charakter sein, denn sonst kommt man nicht über die altmodischen Formen internationaler Zusammenarbeit hinaus, die keine Lösungen für die Probleme bieten, die unserem Weltteil gestellt sind. Deshalb haben wir es mit Freuden begrüßt, daß Großbritannien und andere europäische Länder sich der Gemeinschaft der Sechs anschließen möchten. Damit würde die erweiterte Gemeinschaft an politischer Autorität gewinnen und die demokratische und politische Stabilität gestärkt werden.

Leider ist es in dieser Welt noch immer möglich, daß ein Mann wie General *de Gaulle* diese Entwicklung zum Stillstand bringen konnte. Dies bedeutet, daß noch sehr vieles an den demokratischen Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft fehlt. Es ist deshalb ein vordringliches Bedürfnis, die demokratische Struktur der Gemeinschaft zu verstärken. Weiter ist es erforderlich, daß das Exekutivorgan, die Europäische Kommission, mehr supranationale Befugnisse bekommt, damit es nicht zu einem Spielball der nationalen Regierungspolitik werden kann. Und *schließlich* ist es notwendig, daß ein direkt gewähltes Europäisches Parlament wirkliche Kontrolle ausüben kann. Nur auf diese Weise ist es möglich, die demokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufzubauen.

Wir, die organisierten Arbeiter Europas, wollen dafür unsere äußersten Kräfte einsetzen. Wir wollen an einem größeren Europa bauen, das auch Großbritannien umfaßt. Wir wollen eine demokratische und offene Gemeinschaft auf der Grundlage der Gleichheit errichten.

Deshalb sind wir gegen den Französisch-Deutschen Vertrag, so wie er ursprünglich durch *de Gaulle - Adenauer* vorgelegt worden ist. Wir haben Verständnis für den Gedanken, mittels eines französisch-deutschen Freundschaftsvertrages zu bestätigen, daß jede historische Feindschaft überwunden ist. Aber ich möchte dazu bemerken, daß dies bereits durch die Zusammenarbeit von Frankreich und Deutschland erreicht wurde, erst im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - der Montan-Union - und danach im Rahmen der EWG. Dieser Französisch-Deutsche Vertrag ist de facto gegen die allgemeine Gemeinschaftsform der Zusammenarbeit gerichtet. Er bedeutet Blockbildung im Rahmen der sechs EWG-Länder und steht deshalb in Widerspruch zu dem grundsätzlichen Prinzip der Gleichheit.

Liebe Freunde, das alles hat aber eine noch größere und ernsthaftere Bedeutung. Die Abgrenzung Europas auf die sechs Länder führt nicht nur zu einem kontinentalen autarken Europa, sondern muß außerdem nach der politischen Konzeption von *de Gaulle* zu einem Europa der Vaterländer unter Führung Frankreichs führen. Das bedeutet nicht nur eine Gefahr für die Demokratie, sondern auch eine Gefahr für unsere Freiheit und Sicherheit. Die Krise, die Anfang dieses Jahres entstanden ist, ist nicht nur - und sogar nicht an erster Stelle - bedingt durch die Differenz der Ansichten innerhalb der EWG, sondern es ging insbesondere um die Frage, welche Haltung Europa in der Zusammenarbeit mit Amerika und in dem Verhältnis zwischen dem Osten und dem Westen einnehmen muß.

Wir betrachten Frankreich als einen unentbehrlichen Teil Europas, aber nicht als den Führer Europas. Die Politik *de Gaulles* zwingt uns, zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika zu wählen. Der französische Außenminister, Couve *de Murville*, hat dies vor kurzem deutlich in der französischen Nationalversammlung dargelegt, als er bei der Verteidigung des Französisch-Deutschen Vertrags erklärte, daß Großbritannien, wenn es seine Verbindungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika abbrechen sollte, in der kontinentaleuropäischen Gemeinschaft willkommen sei. Wir wünschen nicht vor eine solche Wahl gestellt zu werden. Wir befürworten eine atlantische gleichberechtigte Partnerschaft zwischen einer demokratischen und offenen Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten Amerikas. Das Dilemma, in das uns die heutige europäische Politik geführt hat, kann nur beseitigt werden, wenn die übrigen fünf Partner der EWG eine deutliche gemeinschaftliche Politik betreiben und sich nicht primär von nationalen Erwägungen leiten lassen. Vieles könnte schon erreicht werden, wenn das Vetorecht, das laut Vertrag am ersten Januar 1966 de facto aufgehoben wird, schon früher beseitigt würde.

Liebe Freunde, wir stehen an einem Wendepunkt in der Geschichte. Es ist uns klar, welchen Weg wir gehen müssen. Wir vertreten hier 12 Millionen organisierte Arbeitnehmer, die von dem Willen erfüllt sind, einig den Weg der europäischen Integration weiterzugehen.

Wir sind Befürworter eines freien und vereinten Europas in einer freien Welt. Es gibt keinen Weg zurück, es darf keinen Weg zurück geben. Nationale Gedanken werden sich dem europäischen Gedanken unterordnen müssen. Dies wird uns nur gelingen mit Hilfe der organisierten Arbeitnehmer, mit ihrer Inspiration, mit ihrer Begeisterung. Ohne sie werden wir nicht imstande sein, Europa in unserem Sinne zu verwirklichen. Mit ihnen dienen wir dem sozialen Fortschritt, der Stärkung der Demokratie und der Freiheit. Mit ihnen werden wir den Frieden gewinnen.

Im Namen der Unione Italiana del Lavoro möchte ich vor allem dem Vorstand des DGB danken, daß er zu dieser mächtigen Kundgebung aufgerufen hat, die unter der Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ steht. Die anwesenden Vertretungen der in den freien Gewerkschaften der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Arbeitnehmer schließen sich diesem Dank an.

Das geeinte Europa entsteht in fortwährenden heftigen Auseinandersetzungen. Auf Zeiten großen Auftriebs folgen Perioden des Stillstands, der Unsicherheit, fast möchte man sagen, des Rückschritts. Beispiele der jüngsten Vergangenheit haben dies deutlich gezeigt: wie der Versuch der Verwirklichung einer politischen Union lediglich auf der Grundlage der Staaten und die Rückkehr zu einem überholten System der Bündnisse zur Regelung der Beziehungen zwischen den Binnenländern der EWG sowie der Abbruch der Verhandlungen über den Beitritt Englands durch das „Veto“ *de Gaulles* und damit Frankreichs.

Der Zeitpunkt ist wahrhaft kritisch und die Schwierigkeiten können nur dann überwunden werden, wenn es gelingt, alle Kräfte, insbesondere die der Arbeitnehmerschaft, zu vereinen und zu koordinieren - so wie es heute hier geschieht -, um die Völker der einzelnen Länder und ihre Regierungen zu ermutigen, Lösungen zu finden, die europäisch sind. Vor allem müssen die Verträge, die erfüllt sind vom europäischen Gedanken, voll in Kraft treten. Ich möchte hier an einige Punkte erinnern, über die zunächst völliges Einvernehmen herrschen muß:

- I. Die Gemeinschaft ist als eine offene Gemeinschaft konzipiert worden, und sie muß es allen demokratischen Ländern Europas gegenüber bleiben, die die Regeln des Vertrages von Rom und seine Ziele akzeptieren. Die Vertragsstaaten haben sich in der Präambel eindeutig festgelegt, indem sie ihre Entschlossenheit -bekräftigt haben, die Grundlagen zu einer immer engeren Union der europäischen Völker zu legen. Sie haben gleichzeitig die übrigen, vom gleichen Ideal beseelten Völker Europas aufgerufen, sich ihren Bemühungen anzuschließen, um die Verteidigung des Friedens und der Freiheit zu stärken. Jede Verhandlung mit europäischen Ländern, die beizutreten wünschen, muß die Verwirklichung der genannten Bedingungen als Ziel haben.

E. DALLA CHIESA  
Generalsekretär der Unione Italiana  
del Lavoro (UIL)

Im Falle Englands sind die Verhandlungen, nachdem dabei bereits gute Fortschritte gemacht werden konnten, durch das gaullistische „Veto“ brüsk abgebrochen worden. Sie müssen aber so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden. Im Rahmen der erwünschten geographischen Erweiterung der Gemeinschaft müssen gleichfalls die Verhandlungen über den Beitritt oder die Assoziierung der übrigen Staaten der Freihandelszone wieder aufgenommen werden. Auch ist es nötig, die Bande mit den übrigen Ländern und den Überseegebieten enger zu knüpfen und, durch geeignete Verhandlungen eine befriedigende Lösung des Problems Israel zu finden.

Dagegen können in der Gemeinschaft solche Länder wie Franco-Spanien so lange keinen Platz finden, solange sie nicht „von dem gleichen Ideal“ wie die übrigen Mitgliedstaaten beseelt sind und die Verwirklichung der Menschenrechte und die Ausübung der politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten garantieren. Solange ihr antidemokratisches Verhalten andauert, ist an eine Mitgliedschaft nicht zu denken.

II. Die europäische Integration ist auf gemeinschaftlichen Grundlagen entworfen worden und somit nicht mit der Vorherrschaft einer oder mehrerer Nationen in Einklang zu bringen. Die Probleme der Beziehungen zwischen den Ländern der EWG müssen als innenpolitische Probleme der Gemeinschaft betrachtet werden. Die Rückkehr zur traditionellen Politik der Bündnisse oder zur klassischen Diplomatie des Kräftegleichgewichts muß als ein großer Fehler angesehen werden. Die deutsch-französische Versöhnung - dieses Ereignis von historischer Bedeutung, das den Beifall aller gefunden hat - hat nicht erst heute begonnen, sondern ihre Anfänge gehen wenigstens bis 1950 zurück, nämlich auf die Schuman-Initiative zur Schaffung der Montanunion.

III. Die europäische Integration muß den Rhythmus ihrer Verwirklichung beschleunigen und harmonisch alle Gebiete umfassen. Dazu gehört auch die Einleitung einer auf gemeinschaftlicher Ebene programmierten Wirtschaftspolitik, die die notwendigen strukturellen Erneuerungen begünstigt und das wachsende Sozialprodukt für den sozialen Fortschritt nutzbar macht.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinschaft - in deren Rahmen die nationalen Programme aufgestellt werden - muß dynamisch gestaltet und koordiniert werden. Die Beteiligung der freien Gewerkschaftsorganisationen, die zur Übernahme von Verantwortung bereit sind, ist dabei unerlässlich.

IV. Die Europäische Gemeinschaft - die die Fusion der drei derzeitigen Exekutiven der Montanunion, der Euratom und der EWG notwendig machen wird - muß sich sobald wie möglich eine direkt gewählte Parlamentarische Versammlung geben, die mit allgemeinem Stimmrecht und tatsächlichen Befugnissen ausgestattet ist und die die politische

Einheit, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa als Ausdruck des demokratischen Willens der europäischen Völker zu verwirklichen vermag. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die in der Gemeinschaft noch vorhandenen Gegensätze zu überwinden und zu dem großen Gefüge zu gelangen, das erlaubt, den Horizont für Europa zu erweitern, die früheren Kolonialländer anzusprechen und in allen entwicklungsfähigen Gebieten die Befreiung des Menschen von der Not, die Stärkung der Freiheit und die Festigung des Friedens zu erreichen.

Dadurch wird Europa völlig gleichberechtigt mit den Vereinigten Staaten von Amerika sein, so daß es mit den USA das Problem der „Assoziierung“ im Rahmen des großen Kennedy-Plans zur Erhaltung der Freiheit durch die Einheit des gesamten Westens lösen kann. Dabei bleibt das ständige Ziel: die Schaffung einer wirklich freien Welt.

Aber alles dies kann nur dann verwirklicht werden, wenn die Entscheidungen der Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und derjenigen Länder, die den Beitritt zu ihr beantragt haben oder beantragen, von einer mächtigen Volksbewegung getragen werden. Die freien Gewerkschaften der sechs Länder, die schon seit langem ihre Stellung in dem guten, großen Kampf um die europäische Einheit bezogen haben, wollen jetzt ihre Kräfte aufs äußerste anstrengen, wie es im übrigen schon diese mächtige Kundgebung beweist.

Vorwärts, alle zusammen, für die Erweiterung und Stärkung der Gemeinschaft auf dem Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa.

Zu den Bildern auf der nächsten Seite:  
Präsidium  
Jugendchor der IG Metall Dortmund

# EntschlieÙung

**Diese EntschlieÙung wurde von den  
25 000 Teilnehmern  
einstimmig angenommen**

1. Die in Dortmund am 6. Juli 1963 zu einer machtvollen Kundgebung vereinten 25000 Vertreter der freien demokratischen Gewerkschaften aus Belgien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland bekräftigten als Sprecher von mehr als 12 Millionen organisierter Arbeitnehmer ihre Entschlossenheit, Frieden, Freiheit und sozialen Fortschritt in der ganzen Welt zu fördern.  
Als entscheidende Schritte zur Verwirklichung dieser Ziele fordern sie:
  - die demokratischen Vereinigten Staaten von Europa
  - die gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika.
2. Sie bekunden ihre Solidarität mit allen freien und demokratischen Arbeitnehmern, deren Bemühungen dem Frieden und der internationalen Zusammenarbeit gelten. Mit ihnen gemeinsam erstreben sie die Ausmerzung von Hunger, Armut, Ausbeutung und Krieg und die Sicherung von Freiheit, Menschenwürde und Demokratie in einer nach Einheit strebenden Welt.
3. Zur Verwirklichung dieses Zieles verlangen sie die Fortentwicklung der bestehenden Europäischen Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Europa einschließlich Großbritanniens. An Stelle überlebter Vorstellungen von Regierungskoalitionen müssen die Vereinigten Staaten von Europa die wahre Vereinigung der europäischen Völker setzen. Eine solche Vereinigung kann nur auf Gleichheit, gemeinsamen Institutionen, demokratischen Methoden und der Herrschaft des Rechts gegründet sein.
4. Das Leben und der Lebensstandard der Völker werden schon heute täglich und direkt durch die wachsende europäische Integration beeinflusst. Die Stimme der Arbeitnehmer und aller Bürger Europas muß bei der Gestaltung der Europäischen Gemeinschaft immer wirksamer werden. Dabei fällt den Gewerkschaften als bedeutendem Teil der aktiven demokratischen Kräfte der Gemeinschaft eine besondere Verantwortung zu. Sie werden ihre gemeinsamen Anstrengungen weiter verstärken.
5. Die Vereinigten Staaten von Europa müssen allen europäischen Ländern offenstehen, welche die demokratischen Grundsätze anerkennen und gewillt sind, der Gemeinschaft beizutreten oder sich ihr zu assoziieren.  
Wer die Menschenrechte nicht achtet, wer die persönliche und die Koalitionsfreiheit nicht garantiert, wer in irgendwelchen Formen totalitäre oder diktatorische Herrschaftsverhältnisse schafft, praktiziert oder duldet, schließt sich damit selbst aus dieser Gemeinschaft aus.
6. Nur die Integration Europas kann eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Amerika schaffen. Diese Partnerschaft stellt das Verhältnis zwischen zwei separaten aber gleich mächtigen Einheiten dar, von denen jede ihren Anteil an der gemeinsamen Verantwortung in der Welt trägt. Nur in solcher Partnerschaft auf der Grundlage

der Gleichheit können Europa und Amerika der Herausforderung gerecht werden, die ihre gemeinsame Verantwortung für die Förderung des Fortschritts, die Sicherung der Freiheit und eines dauerhaften Friedens zwischen Ost und West ihnen auferlegt.

7. Die in Dortmund versammelten Sprecher von 12 Millionen organisierter Arbeitnehmer fordern, daß die Völker, die europäischen Gemeinschaften und die Regierungen ihrer Länder unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Verwirklichung dieser Ziele zu erreichen. Sie beauftragen deshalb die Leitung der Kundgebung, diese EntschlieÙung an die Organe der Gemeinschaften, das Europäische Parlament, die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten, das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa und die europäische Öffentlichkeit weiterzuleiten.

## Inhaltsverzeichnis

Seite 4: Jean Monnet

Seite 9: Ludwig Rosenberg

Seite 13: Victor Thijs

Seite 15: A. Claudio Rocchi

Seite 18: Erklärung des Luxemburgischen Gewerkschaftsbundes

Seite 19: Robert Bothereau

Seite 24. W. F. van Tilburg

Seite 27: E. Dalla Chiesa

Seite 31: EntschlieÙung